

Bund unterstützt Länder beim Hochwasserschutz

Der Bund unterstützt nach eigenen Angaben Länder und Kommunen bei der Vorbereitung auf mögliche Starkregenereignisse und beim Hochwasserschutz mit Konzepten, Empfehlungen und Förderungen. Die Umsetzung der nötigen Vorkehrungen liege jedoch in der Zuständigkeit der Länder und Kommunen unter Berücksichtigung der örtlich spezifischen Risiken, heißt es in der Antwort (*Bundestags-Drucksache 19/32014*) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion.

Gemäß der grundgesetzlichen Kompetenzverteilung seien für den Katastrophenschutz die Länder sowie die Landkreise und kreisfreien Städte als untere Katastrophenschutzbehörden zuständig. Dies gelte unabhängig vom Ausmaß des Ereignisses und umfasse auch die Warnung der Bevölkerung vor Katastrophen. Der Bund könne lediglich etwa mit der Bundeswehr, der Bundespolizei und dem Technischen Hilfswerk im Rahmen der Amtshilfe auf Anforderung der vor Ort zuständigen Behörden unterstützen.

www.gfa-news.de/gfa/webcode/20210826_001

KW

Juli-Hochwasser war meteorologisch und hydrologisch ein außergewöhnliches Ereignis

Das nordrhein-westfälische Umweltministerium, der Deutsche Wetterdienst (DWD) und das Landesamt für Umwelt, Natur und Verbraucherschutz (LANUV) haben in einem Gespräch über die Starkregen- und Hochwasser-Ereignisse im Juli eine intensive Zusammenarbeit bei der Weiterentwicklung von Prognose-Tools vereinbart. „Rückblickend war es sowohl meteorologisch als auch hydrologisch ein außergewöhnliches Ereignis, das es in dieser Form in Nordrhein-Westfalen so noch nicht gegeben hat. Dass die Auswirkungen der vom DWD vorhergesagten flächendeckenden enormen Niederschläge dann lokal derart extrem ausfallen würden, war im Vorfeld der Hochwasser-Ereignisse nicht vorherzusehen“, erklärten die drei Behörden.

Aktuell arbeitet der DWD unter anderem an einem Projekt namens SINFONY zur verbesserten Vorhersage von Sturzfluten. In diesem Projekt werden Radar-

messungen und Simulation der Modelle zusammengeführt. Daneben gibt es weitere Projekte im DWD, die in Verbindung mit der geplanten Verkürzung der Vorhersagezyklen des DWD-Wettervorhersagemodells und unter Einbindung weiterer Datensätze dazu beitragen, das sogenannte Nowcasting (Kurz- und Kurzzeitfrist, 0–6 Stunden) weiter zu verbessern. Auch beim LANUV gibt es bereits einen Testbetrieb für ein Tool, das verbesserte Prognosen an Bächen und Flüssen ermöglichen soll. Ganz aktuell hat das Umweltministerium zudem ein neues Modellprojekt mit der Technischen Hochschule Aachen in Stolberg gestartet, das unter anderem auch die Bodenfeuchte mitberücksichtigt.

KW

Anreizsystem für kommunale Überflutungsvorsorge

Im Verbundprojekt „Anreizsysteme für die kommunale Überflutungsvorsorge (AKUT)“ haben Forscher*innen der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf und der Hochschule Mainz zusammen mit Partnern aus der Praxis und Kommunen ein Beratungstool entwickelt, das Kommunen dabei unterstützt, Überflutungsschäden vorzubeugen. Im Mittelpunkt steht der Ansatz, alle Akteure zusammenzubringen, Zielkonflikte zu überwinden und gemeinsam effiziente Gesamtlösungen zu generieren. Um das zu erreichen, setzt die Methode auf ein ortsspezifisches Optimierungs- und Anreizsystem, wesentliche Voraussetzung für eine fruchtbare Zusammenarbeit ist ein Verständnis der Überflutungsvorsorge als kommunale Gemeinschaftsaufgabe. Das Beratungstool AKUT unterstützt Kommunen dabei, geeignete Vorkehrungen zu identifizieren und erleichtert so der lokalen Politik die Entscheidung über umzusetzende Maßnahmen. AKUT berücksichtigt dabei explizit das notwendige Zusammenwirken der verschiedenen Akteure sowie die entsprechenden Anreize, welche diese dazu motivieren sollen, die Schritte umzusetzen. Das Tool kann nach kurzer Einarbeitung auch ohne IT-Fachwissen genutzt werden. Anwender zeichnen zunächst an möglichen Standorten Überflutungsschutzmaßnahmen zur Rückhaltung auf einer interaktiven Karte ein. AKUT bestimmt anschließend mittels eines mathematischen Modells eine optimale Auswahl aus diesen möglichen Maßnahmen. Dabei stellt es ver-

schiedene Zusammenhänge dar, etwa die akteursbezogene Gefährdungslage und das zu erwartende Schadensausmaß, Wirksamkeit und Umsetzbarkeit der Vorsorgemaßnahmen sowie die erforderlichen individuellen Anreize. So ermittelt das Tool unter Berücksichtigung der ortsspezifischen Gegebenheiten der Kommune und der Beteiligungsbereitschaft der verschiedenen Akteure eine optimale Handlungsstrategie. Diese beinhaltet eine Kombination baulicher Maßnahmen inklusive der zugehörigen Kosten und erforderlichen Anreize. Kartendarstellungen vor und nach der Optimierung veranschaulichen die zu erwartende Wirkung auf die Gefährdungslage. Das Beratungstool AKUT steht interessierten Kommunen und Fachplaner*innen zur Verfügung.

<https://akut.hs-mainz.de>

E-Mail: info-akut@hs-mainz.de

KW

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen im Jahr 2020 auf niedrigstem Stand seit 2010

Im Jahr 2020 wurden in Deutschland 2023 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen registriert. Die Zahl der Unfälle ging damit gegenüber dem Vorjahr um 14,0 % zurück und erreichte den niedrigsten Stand seit 2010. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, ist der Rückgang hauptsächlich auf weniger Unfälle bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe mit Straßen-, Schienen-, Wasser- und Luftfahrzeugen zurückzuführen. Im Vergleich zu 2019 verringerte sich die Zahl dieser Unfälle um 17,7 % auf 1320. Diese Entwicklung dürfte auch auf den Rückgang des Gütertransports im Jahr 2020 im Zuge der Corona-Krise zurückgehen.

Die bei Unfällen in Anlagen und bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe freigesetzte Schadstoffmenge ging im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr um 75 % zurück: Mit insgesamt 7,7 Millionen Litern traten 23,5 Millionen Liter weniger Schadstoffe unkontrolliert in die Umwelt aus als im Jahr 2019, als von der ungewöhnlich großen Schadstoffmenge von 31,2 Millionen Litern 98 % auf Unfälle in Anlagen zurückzuführen waren.

Tabellarische Übersicht:

www.gfa-news.de/gfa/webcode/20210916_009

KW